

KEIN PLATZ FÜR AUSLÄNDERFEINDE IN KASSEL UND ANDERSWO

Im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes plant eine ausländerfeindliche und rechtsextreme Gruppierung am kommenden Samstag auch in Kassel Station zu machen. Dieser Gruppierung geht es nicht um den notwendigen Austausch von Argumenten, sondern gezielt um die Verächtlichmachung von Zuwanderern und deren Orten der Religionsausübung. Zuletzt hat sie dies in Berlin-Hellersdorf deutlich gemacht. Kriegsflüchtlingen aus Afghanistan und Syrien soll das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf Asyl verweigert werden.

Ein breites Bündnis aus Kasseler Parteien, den Religionsgemeinschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Ausländerbeirat und weiteren Verbänden lehnen dies entschieden ab.

Um die geplanten Infostände dieser Gruppierung nicht aufzuwerten, haben wir uns entschieden auf eine Gegenkundgebung zu verzichten. Einzelne werden jedoch vor Ort sein, um Anwohner und Passanten zu informieren, dass menschenverachtendes Gedankengut in Kassel nicht erwünscht ist und wir ihre Propaganda nicht hören wollen. Die betroffenen Moscheen werden Provokationen ins Leere laufen lassen.

„Alle gehören dazu! Kassel ist bunt und lebt Vielfalt in allen Generationen“ ist aus gutem Grunde der Titel des von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig verabschiedeten Integrationskonzepts. Weiter heißt es: „Nicht zuletzt hat die deutsche Bevölkerung ebenfalls Mitverantwortung bei der aktiven Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens und beim Abbau von Vorbehalten, die zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung führen können.“ An diesem gemeinsamen Zusammenleben arbeiten wir in Kassel seit vielen Jahren.

Dieser Aufruf wird unterstützt von den Kasseler Untergliederungen von:

*Ausländerbeirat, CDU, CSD, DGB, Dynamo Windrad,
Evangelische Kirche, FDP, Friedensforum, GRÜNE, Jüdische
Gemeinde, Katholische Kirche, Kulturzentrum Schlachthof,
Oberbürgermeister, LINKE, PIRATEN, SPD, Sunnitische
Gemeinden, Unitarier, VVN*